

Die wirtschaftliche Situation Ostfrieslands

Probleme und Problemlösungen aus volkswirtschaftlicher Sicht

Ich möchte mich bei keiner langen Vorrede aufhalten, sondern direkt zum Thema kommen. Im Hinblick auf das Thema ergeben sich drei Fragen, die ich dann im Laufe meiner Ausführungen zu beantworten versuche.

Diese drei Fragen sind:

1. Wie sieht die wirtschaftliche Situation Ostfrieslands eigentlich aus?
2. Warum ist das so, welche Ursachen gibt es dafür, welche Erklärungen bieten sich an?
3. Was ist zu tun?

Die Frage 1. hört sich so einfach an! Die Antwort darauf ist aber schwieriger, als vielleicht manche annehmen,

Es gibt nämlich

- etwa 400 000 Personen, die in Ostfriesland leben
- etwa 3 700 im Handelsregister eingetragene Firmen
- die Landkreise Aurich, Leer und Wittmund und die kreis-freie Stadt Emden
- 34 Gemeinden und Städte in Ostfriesland (darunter auch die Gemeinde Moormerland).

in Ostfriesland

Kann man da überhaupt von der wirtschaftlichen Situation der Region Ostfriesland sprechen? Die Antwort kann nur lauten: eigentlich nein.

Denn es gibt mit Sicherheit Menschen, Familien, Betriebe, Städte und Gemeinden in Ostfriesland, denen es wirtschaftlich schlechter oder auch besser geht als anderen.

Wenn wir also von der wirtschaftlichen Situation der Region Ostfriesland sprechen, dann setzen wir uns einfach über diese zweifellos vorhandenen Unterschiede hinweg, wir erfinden sozusagen den Durchschnittsostfriesen, den durchschnittlichen ostfriesischen Betrieb, die durchschnittliche ostfriesische Gemeinde, die durchschnittliche Region Ostfriesland.

Wie schwierig diese Durchschnittsbetrachtung manchen Leuten klar zu machen ist, möchte ich an einer Geschichte deutlich machen. Ich habe, gemeinsam mit einem Kollegen und einigen Studenten ein Buch geschrieben mit dem Titel: „Konjunkturelle und strukturelle Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung Ostfrieslands“.

Dieses Buch wollten auch einige ostfriesische Nachbarn und Bekannte lesen. Ich habe es ihnen gegeben. Nach einiger Zeit habe ich sie dann gefragt, was sie davon halten. Nach verlegtem Herumgedruckse kam dann heraus: Sie waren enttäuscht. Sie fanden darin Statistiken und Interpretationen dieser Statistiken in einer Fachsprache, die sie nicht verstanden, über Entwicklungen und Strukturen, in denen sie sich selbst nicht wiederfanden. Da stand nichts drin von der Schönheit der ostfriesischen Landschaft am Tag X, auch direkt nichts von den Leiden und Freuden bestimmter ostfriesischer Menschen.

Auf die Gefahr hin, auch hier wieder mißverstanden zu werden, auch hier und heute kann ich nur allgemeine Aussagen über die Region Ostfriesland machen. Über Einzelschicksale wird auch heute nicht gesprochen.

Wie sieht nun die wirtschaftliche Situation Ostfrieslands aus, anhand welcher Indikatoren, wie wir das fachtechnisch nennen, kann sie beschrieben werden. Wir müssen ja ein Barometer haben, mit dessen Hilfe wir sagen können, ob es dieser Region insgesamt gut oder schlecht geht. Solche Barometereigenschaften haben nun mal die offiziellen statistischen Daten, die für die Region Ostfriesland vorliegen.

Eine Zusammenstellung dieser statistischen Daten findet der Interessierte in einem statistischen Handbuch, das dankenswerterweise seit einiger Zeit von der hiesigen Industrie- und Handelskammer herausgegeben wird. Ich möchte Sie jetzt nicht mit all den dort zu findenden statistischen Daten langweilen.

Für unser Thema ist aber folgendes wichtig: Alle Indikatoren weisen darauf hin, daß in Ostfriesland im Durchschnitt Produktion und Einkommen niedriger sind, die Arbeitslosigkeit höher ist als der Durchschnittswert, den man für das Land Niedersachsen oder auch für die Bundesrepublik Deutschland errechnen kann.

In Zahlen ausgedrückt:

- Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als umfassendster Indikator für Produktion und Einkommen dieser Region liegt etwa 20 Prozent unter dem Wert Niedersachsens und 30 Prozent unter dem Wert des Bundesgebietes.
- Die Arbeitslosigkeit liegt, am Indikator Arbeitslosenquote gemessen, mehr als doppelt so hoch wie im Bundesgebiet.

Ein Tatbestand, der für uns alle sicherlich nicht neu ist. Wie ist aber dieser Tatbestand zu bewerten? Welch dumme Frage, werden Sie vielleicht denken. Es liegt doch damit klar auf der Hand, daß es uns Ostfriesen im Durchschnitt schlechter geht als den Menschen in anderen Regionen unserer Republik.

Doch ganz so einfach ist die Sache nicht. Denn diese Statistiken messen nur die quantifizierbaren Elemente dessen, was wir Wohlstand oder moderner Lebensqualität nennen. Solche Elemente wie halbwegs intakte Umwelt, intakte Familien, geringerer Streß und andere werden von diesem Barometer nicht eingefangen.

Es muß doch nachdenklich stimmen, daß z.B. die Arbeitslosigkeit in Ostfriesland immer schon weit höher war als in anderen Regionen Deutschlands. So war die Arbeitslosigkeit in den goldenen 60-er Jahren auch doppelt so hoch wie im gesamten Bundesgebiet. Wären damit menschlich unerträgliche Lebenslagen verbunden, so hätten eigentlich viele Ostfriesen auf dem schnellsten Wege Ostfriesland verlassen müssen, wie es ja in früheren Jahrhunderten der Fall war. Sie haben es aber offenbar nicht oder nicht in großem Maße getan.

Ganz im Gegenteil: Die offiziellen Statistiken zeigen uns, daß Ostfriesland in den letzter Jahren eine leicht positive Wanderungsbilanz aufzuweisen hat, d.h. daß mehr Menschen nach Ostfriesland zugewandert als von hier abgewandert sind.

Dies muß uns aber nicht daran hindern, uns zu fragen, warum die Produktion und Einkommen niedriger und die Arbeitslosigkeit höher sind als in anderen Regionen und wie man dies möglicherweise ändern könnte. Bei der Beantwortung dieser Frage steht die Produktion im Mittelpunkt der Betrachtung. Produktion heißt in diesem Zusammenhang selbstverständlich nicht nur die Produktion von Industriegütern, sondern die Herstellung und Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen jeder Art, die an den Mann bzw. an die Frau gebracht werden, sei es in Ostfriesland oder anderswo. Die Produktion in diesem Sinne ist deswegen so wichtig, weil

nur durch die Produktion von Gütern originäres Einkommen entsteht und weil nur dort, wo produziert wird, originäre Arbeitsplätze Bestand haben.

Diese einfache und doch so häufig vergessene Wahrheit wird vielleicht durch ein extremes Beispiel deutlicher. Nehmen wir einmal an, es würde jemand aus ganz Ostfriesland einen Naturschutzpark machen wollen, in dem Menschen keinen Zutritt haben. So schön ein solcher Plan für die hiesige Pflanzen- und Tierwelt wäre. Er würde gleichzeitig bedeuten, Produktion, Einkommen und Beschäftigung in Ostfriesland auf Null zu reduzieren.

Was ist zu tun?

Was ist also zu tun, wenn wir Produktion, Einkommen und Beschäftigung in Ostfriesland erhöhen wollen? Bei den üblichen Antworten (z.B. in verschiedenen Ostfrieslandplänen) auf diese Frage taucht sofort der Staat als Adressat von Forderungen auf nach dem Motto „Der Staat muß ...“

Ich werde diesen Weg nicht einschlagen. Ich werde vielmehr gemäß dem in diesem Kreise sicherlich wohlbekannten Subsidiaritätsprinzip vorgehen. Der einzelne Mensch, das Individuum, steht bei mir am Anfang der Betrachtung.

Die Privaten Haushalte

Der einzelne Mensch bzw. die Familie oder der private Haushalt, wie wir Ökonomen sagen, spielt bei der Produktion und beim Absatz der Waren und Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Er stellt nämlich zum einen die sogenannten Faktorleistungen (vor allem Arbeit) zur Verfügung, ohne die nicht produziert werden könnte. Auf der anderen Seite ist der private Haushalt diejenige Wirtschaftseinheit, zu deren Bedürfnisbefriedigung schließlich und endlich jede Güterproduktion auf die Beine gestellt wird.

Noch etwas anders, technischer ausgedrückt: Die Höhe des Produktionspotentials in einer Region wie Ostfriesland ist entscheidend davon abhängig, ob die zur Produktion notwendigen Arbeitskräfte in Qualität und Quantität zur Verfügung stehen. Wenn also bestimmte Personen, die arbeiten wollen, nicht beschäftigt sind, dann kann dieses durchaus ein Indiz dafür sein, daß sie in den Augen potentieller Arbeitgeber bei den verlangten Löhnen und sonstwie entstehenden Kosten nicht die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse aufweisen. Wir müssen hierbei immer berücksichtigen, daß ein potentieller Arbeitgeber einen Mann oder eine Frau nur dann einstellt, wenn der Nutzen aus der Einstellung höher ist als die Kosten, die daraus entstehen.

Wenn dem aber so ist, so ist hier der Wille und die Fähigkeit des einzelnen angesprochen, sich die notwendige Grundausbildung anzueignen, um darauf aufbauend sich laufend fort- und weiterzubilden. Die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, die Volkshochschulen, die Betriebe, die Kammern und andere Verbände und auch die Fachhochschule Ostfriesland, an der ich ja lehre, können letztendlich nur Angebote machen. Lernen, seine Kenntnisse und Fähigkeiten verbessern, können nur die Einzelnen selbst.

In diesem Zusammenhang und für den einzelnen wichtig ist auch das, was man berufliche, sektorale, soziale und regionale Mobilität nennt. Das heißt, daß sich nicht nur der Arbeitslose, sondern jeder Arbeitnehmer heute möglichst früh mit dem Gedanken vertraut machen muß, im Laufe seines Arbeitslebens den Beruf, die Branche, den sozialen Status und die Region wechseln zu müssen. Das heißt mit anderen Worten, daß man in einer modernen Volks-

wirtschaft niemandem das Recht auf einen ganz bestimmten Arbeitsplatz mit bestimmten Merkmalen einräumen kann. Bei wem sollte man auch dieses Recht einklagen können?

Die Unternehmen

Kommen wir zum nächsten Wirtschaftsakteur, der bei der Produktion von Gütern eine entscheidende Rolle spielt, nämlich dem Unternehmen. Das Unternehmen bzw. der Betrieb ist heute in einer modernen Volkswirtschaft der Ort der Produktion. Hier werden, ökonomisch gesprochen, die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden miteinander kombiniert, um dadurch Waren und Dienstleistungen für den Markt zu produzieren.

Wenn also in einer Region wie Ostfriesland Produktion, Einkommen und Beschäftigung zu niedrig sind, so kann dies seine Ursache in den Unternehmen und Betrieben dieser Region haben.

- Wollen etwa die Unternehmen nicht mehr produzieren?
- Oder können sie nicht mehr produzieren?
- Oder könnten sie, wenn sie nur wollten?

Auf diese Fragen eine umfassende Antwort zu geben, ist sehr schwierig. Und ich kenne auch keine Untersuchung, die sich systematisch mit diesen Fragen beschäftigt hat.

Ich kann hier deswegen nur von persönlichen Erfahrungen berichten, die von anderen allerdings bestätigt werden und die nachdenklich stimmen.

- Bei der ersten Geschichte geht es um den Kauf eines Heimcomputers. Zunächst einmal ist dieser in unserer Region teurer als außerhalb Ostfrieslands. Wegen des Services muß ich ihn aber hier kaufen. Wenig später will ich für meine Kinder ein Computerspiel erstehen. Die Händler sagen mir, daß sie sowieso etwas gegen Computerspiele hätten und im übrigen hätten sie auch keine Ahnung davon.
- Beim nächsten Beispiel geht es um den Kauf eines Ottifanten. Nach langer erfolgloser Sucherei wird meine Frau endlich fündig: Praktisch alle Fachgeschäfte haben so etwas nicht in ihrem Sortiment.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen. Hier wird sozusagen freiwillig auf ein Mehr an Produktion, Absatz, Einkommen und Beschäftigung verzichtet. Wenn die so enttäuschten Nachfrager die gewünschten Güter dann außerhalb Ostfrieslands kaufen, dann steigen dort Produktion, Einkommen und Beschäftigung, aber nicht in Ostfriesland.

Diese Beispiele zeigen, daß es in Ostfriesland anscheinend Unternehmer gibt, die dem Bild des „Schumpeterschen dynamischen Unternehmers“ so genannt nach einem berühmten Ökonomen dieses Jahrhunderts, kaum entsprechen. Das Kennzeichen eines solchen dynamischen Unternehmers ist es nämlich, neue Märkte zu erschließen, neue Produkte auf den Markt zu bringen, neue Produktionsverfahren zur Kostensenkung einzuführen. Nur wenn es solche dynamischen Unternehmer auch in Ostfriesland in ausreichender Zahl gibt, können Produktion, Einkommen und Beschäftigung in dieser Region auf Dauer zunehmen.

Nun werden sicherlich ostfriesische Unternehmer dem entgegenhalten, daß die periphere Lage im äußersten Nordwesten Deutschlands spezifische Probleme mit sich bringt, die andere Unternehmen in anderen Regionen nicht haben. Die Erlöschancen sind deswegen niedriger, die Kosten (z.B. die Transportkosten) höher. Daran ist sicherlich manches richtig. Das kann aber nicht für ostfriesische Unternehmen ein unüberwindbares Hindernis darstellen, mit billigeren

und besseren Produkten, mit neuen Produkten und Produktionsverfahren in und außerhalb der Region neue Produktions-, Einkommens-, Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.

Wie mühsam der Transfer von schon vorhandenem Wissen in die Unternehmen der Region ist, zeigen die - allerdings nur hinter vorgehaltener Hand - geäußerten Klagen der professionellen Transferberater in Kammern und Verbänden. Ein Beispiel für solche Schwierigkeiten sind auch die Berührungspunkte, die zwischen der Wirtschaft der Region und der Fachhochschule Ostfriesland teilweise bestehen.

Hier steht ein großes Wissenspotential zur Verfügung, das bis jetzt nur zögernd von der Region angenommen wurde und wird. Die Errichtung eines Technologiepools, der den institutionellen Rahmen für einen solchen Wissenstransfer von der Hochschule in die Wirtschaft und umgekehrt bilden soll, kommt nur mühsam vorwärts.

Die Arbeitsmarktverbände

Neben den privaten Haushalten und Unternehmen sind als nächste die Verbände des Arbeitsmarktes angesprochen, wenn es um die Frage geht, warum wir hier in Ostfriesland nicht genügend Produktion, Einkommen und Beschäftigung auf die Beine stellen können. Denn die Arbeitsmarktverbände, die Arbeitgeberverbände auf der einen, die Gewerkschaften auf der anderen Seite, haben nunmal in unserer Wirtschaftsordnung den entscheidenden Einfluß auf den Preis für Arbeit, den Lohn. Und dieser Preis für Arbeit, der Lohn, ist wiederum - davon gehen wir Volkswirte nicht ab - entscheidend für die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit.

Auch hier am Arbeitsmarkt gilt das ökonomische Gesetz der Nachfrage, das da lautet: Je höher der Preis, desto so niedriger die Nachfrage, und je niedriger der Preis, desto höher die Nachfrage. Arbeitslosigkeit ist deswegen für einen Volkswirt wie mich immer auch ein Indiz dafür, daß der Preis für Arbeit - d.h. die Bruttolöhne einschließlich aller Nebenkosten - unter den gegebenen Bedingungen zu hoch ist. Für einen Teil dieser Kosten, nämlich für die Tariflöhne, tragen allein die Tarifpartner die Verantwortung.

Der volkswirtschaftliche Rat an die Tarifpartner kann deswegen nur lauten, maßvolle, aber vor allem beruflich, sektoral und regional differenzierte Tarifabschlüsse zu tätigen. Gerade dieser Rat stößt immer wieder auf den starken emotionalen Widerstand der Betroffenen, vor allem der Gewerkschaften. Dieser Widerstand von Seiten der Gewerkschaften ist für mich durchaus nachzuvollziehen, und ich würde viel lieber einen leichteren und angenehmeren Ratschlag geben.

Aber die Gesetze des Marktes sind nun mal so, und die Praxis zeigt, daß es ein verhängnisvoller Fehler ist, sie übertölpeln zu wollen. Dies zeigt sich besonders bei den sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes, z.B. den Ungelernten. Zu deren Gunsten haben die Gewerkschaften aus durchaus positiv zu bewertenden sozialen Motiven heraus in den letzten Jahren verstärkt überproportionale Lohnerhöhungen durchgesetzt.

Mit welcher Wirkung? Die Nachfrage der Unternehmen nach diesen Arbeitskräften ist immer geringer geworden, weil die Kosten ihrer Beschäftigung höher lagen und liegen als ihr Nutzen für den Betrieb. Diese Lohnsteigerungen haben dazu geführt, daß ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, weil Maschinen ihre Arbeit unter diesen Umständen viel billiger und besser machen können.

Auf der anderen Seite ist wegen der gewerkschaftlich durchgesetzten überproportionalen Lohnerhöhungen der Anreiz für diese un- und angelernten Arbeitskräfte immer geringer geworden, aus eigener Initiative etwas für den Erwerb von Qualifikationen zu tun, die am Arbeitsmarkt besonders gefragt sind.

Auf die Gefahr hin, in diesem Zuhörerkreis laute Proteste hervorzurufen, möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf das Prunkstück unserer ostfriesischen Wirtschaft, die Niederlassung des Volkswagenwerks in Emden eingehen. Auf die positiven Impulse dieses Betriebes für unsere Region hinzuweisen, hieße, Eulen nach Athen tragen. Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Es wird nur immer stolz auf die über 10 000 Arbeitnehmer hingewiesen, die dort beschäftigt sind.

Wer zählt aber die Arbeitsplätze, die dadurch gar nicht erst entstanden sind oder heute und morgen nicht entstehen, daß die kleinen und mittleren Unternehmen dieser Region mit den Löhnen und sonstigen Leistungen des VW-Werkes nicht konkurrieren können und die darüber hinaus von den Gewerkschaften in anderen Bereichen der Wirtschaft zum Vorbild für ihre Forderungen genommen werden.

Sollen zukünftig in Ostfriesland Produktion, Einkommen und Beschäftigung längerfristig ansteigen, dann müssen - zumindest aus volkswirtschaftlicher Sicht - die Tarifparteien auf die Situation der Region zugeschnittene Tarifverträge aushandeln.

Das gilt nicht nur für das eben behandelte Thema „Lohn“ sondern auch für das andere Reizthema „Arbeitszeit“. Beide Tarifparteien - die Gewerkschaften wie auch die Arbeitgeberverbände - haben sich bisher allem Anschein nach schwer getan, flexible, auf die Interessen und Wünsche der einzelnen Arbeitnehmer, Berufe, Betriebe, Branchen und Regionen zugeschnittene Lösungen in die Tat umzusetzen. Für beide Tarifparteien ist es natürlich organisatorisch viel einfacher, ohne Rücksichtnahme auf die Betroffenen für alle gleiche Maßnahmen durchzusetzen. Nur: Ist schon prinzipiell der positive Effekt von Arbeitszeitverkürzungen auf dem Arbeitsmarkt ohne Wenn und Aber sehr fragwürdig, so gilt dies auf jeden Fall für die Rasenmähermethoden, z.B. für die Einführung der 35-Stunden-Woche ohne sonstige Voraussetzungen. Wenn überhaupt von Arbeitszeitverkürzungen positive Effekte auf den Arbeitsmarkt ausgehen sollen, dann können diese nur durch flexible Lösungen hervorgerufen werden.

Staatliche Infrastruktur

Nach dem Motto „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott“ habe ich mich bis jetzt bei meinen Ausführungen auf die privaten Wirtschaftsakteure dieser Region beschränkt: auf die Arbeitnehmer, die Unternehmer, die Arbeitsmarktverbände. Selbstverständlich spielt aber auch der Staat im Hinblick auf die Zielsetzung, mehr Produktion, mehr Einkommen, mehr Beschäftigung in unserer Region zu bewirken, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Wenn man aber das Subsidiaritätsprinzip ernst nimmt, so kann diese Rolle des Staates eben nur subsidiärer Natur sein. Mit anderen Worten: der Staat kann dann im Prinzip nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ geben.

Schaut man sich daraufhin den Instrumentenkasten des Staates an, so stehen hier sicherlich an der Spitze der möglichen staatlichen Leistungen die Investitionen des Staates in die sogenannte Infrastruktur. Denn die für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen als komplementärer Faktor notwendige Infrastruktur wird im Zweifel nicht von Privaten zur Verfügung gestellt und ist deswegen immer schon eine Domäne des wirtschaftspolitischen Handelns des

Staates gewesen. Führt man sich so wichtige Bereiche der Infrastruktur wie Verkehrswesen und Kommunikation, Energiewirtschaft, Wasserwirtschaft und Ausbildung und Forschung vor Augen, so fällt es uns allen nicht schwer, auf Mängel im Infrastrukturbereich unserer Region hinzuweisen.

Ich will hier nur auf einige notwendige Infrastrukturverbesserungen, die in den letzten Jahren immer wieder genannt werden, hindeuten:

- (1) Der Ausbau des Emdener Hafens, Stichwort „Dollarthafenprojekt“;
- (2) Fortführung des Vorhabens einer Begradigung und Vertiefung des Emsfahrwassers zwischen Papenburg und Emden;
- (3) Die als Ergänzung der Fahrwasserverbesserung notwendige Emsbefahrung;
- (4) Die Emslandautobahn (A31), die eine direkte Verbindung von Emden über Bottrop ins Rhein-Ruhr-Gebiet schaffen soll;
- (5) Die Fertigstellung der Bundesautobahn A 28 (Leer/Logabirum Westerstede und Bunde/niederländische Grenze);
- (6) Die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Leer-Oldenburg.

Im Bereich Ausbildung und Forschung ist durch die Errichtung der Fachhochschule Ostfriesland im Jahre 1973 eine wichtige infrastrukturpolitische Maßnahme in Angriff genommen worden. Heute, 13 Jahre später, hat sich diese Einrichtung mit seinen Fachbereichen Elektrotechnik, Maschinenbau, Naturwissenschaftliche Technik, Seefahrt, Sozialwesen und Wirtschaft in der Region Ostfriesland fest etabliert. Wenn auch, wie oben schon erwähnt, sicherlich noch lange nicht alle Chancen für eine Zusammenarbeit dieser Hochschule mit den Wirtschaftsakteuren dieser Region ausgereizt sind.

Oben hatte ich darauf hingewiesen, daß auch gewisse Berührungspunkte bei der hiesigen Wirtschaft in der Vergangenheit zu überwinden waren und auch noch in Gegenwart und Zukunft zu überwinden sind. Hier in diesem Zusammenhang, wo es um die Rolle des Staates geht, muß ich feststellen, daß sich die ostfriesischen Gemeinden, Landkreise und Städte reichlich schwer tun, eine gemeinsame Konzeption für eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Nutzen der Region zu Wege zu bringen. Um aber der Wahrheit die Ehre zu geben, kann ich aber auch nicht verleugnen, daß auch die Hochschulstrukturen manchmal einer solchen für die Region notwendigen und wünschenswerten Zusammenarbeit im Wege stehen.

Um Ihnen an einem Beispiel zu zeigen, wie wichtig die Fachhochschule Ostfriesland für die wirtschaftliche Entwicklung Ostfrieslands werden kann, möchte ich nur auf die neuen Informatik-Studiengänge hinweisen, die in diesem Jahr in den Fachbereichen Elektrotechnik, Maschinenbau und naturwissenschaftliche Technik eingerichtet worden sind. Hinzu kommt noch die Einführung einer Vertiefungsrichtung Wirtschaftsinformatik im Fachbereich Wirtschaft. Sie sehen, im vergangenen Jahrzehnt sind bis heute im Infrastrukturbereich Ausbildung, Forschung und Entwicklung einige Maßnahmen in die Wege geleitet worden, von denen man in Zukunft verstärkt positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung Ostfrieslands erwarten kann.

Deregulierung

Über die Bereitstellung von Infrastruktur hinaus könnte der Staat aber auch noch andere Maßnahmen in die Wege leiten, die dafür sorgen, daß sich auch in der Region Ostfriesland mehr Produktion von Gütern und Dienstleistungen lohnt, wodurch wiederum auch die hiesigen

Einkommen gesteigert und die Arbeitslosigkeit vermindert werden könnte. Diese möglichen und wünschenswerten Maßnahmen reichen von Maßnahmen der Deregulierung, d.h. auf einen einfachen Nenner gebracht, Abschaffung von wachstumshinderlichen staatlichen Geboten und Verboten bis hin zu allgemein-steuerpolitischen Maßnahmen, die das Arbeiten, Investieren und Produzieren wieder lohnender macht.

Hier ist nicht der Ort, um auf alle diese möglichen staatlichen Maßnahmen im einzelnen einzugehen. Nur als Beispiel für viele: Würde es gelingen, z.B. den Verkehrsmarkt zu liberalisieren und ihn von den gesetzlichen Fesseln zu befreien, dann würde schon das allein die Umsätze in den ostfriesischen Häfen ansteigen lassen. Denn solange es für die Unternehmen im deutschen Binnenland wegen der staatlichen Preisfestsetzungen billiger ist, ihre Güter in ausländischen Häfen zu verschiffen, werden sie das auch tun.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht noch auf ein interessantes Experiment hinzuweisen, das in einigen Ländern zur Entwicklung strukturschwacher Regionen in die Tat umgesetzt wurde: die Errichtung von sogenannten Zonen freier Wirtschaftstätigkeit mit Zoll- und Steuerbefreiungen. Unternehmen, die sich dort ansiedeln, erhalten vielfältige Erleichterungen im Bereich der Abgaben und der administrativen Regelungen. Hier wird also Ernst gemacht mit der Idee, wirtschaftliche Aktivitäten von den Fesseln staatlicher Eingriffe in Gestalt von Ver- und Geboten und Steuern wenigstens teilweise zu befreien, um somit Entwicklungsimpulse für strukturschwache Regionen zu geben. Es wäre zu prüfen, ob solche oder ähnliche Ideen auch in der Bundesrepublik Deutschland in die Tat umgesetzt werden könnten.

Regionalisierung der Regionalpolitik

Ein anderer Ansatzpunkt für die zukünftige staatliche Regionalpolitik liegt in Überlegungen, die Regionalpolitik zu „regionalisieren“. Was sich zunächst einmal als ziemlich paradox anhört, ist die konsequente Übertragung des Subsidiaritätsprinzips auch auf die staatliche Ebene.

In unserem föderativ gegliederten Staatssystem wird heute Regionalpolitik auf allen drei Ebenen des Staates, vom Bund, von den Ländern und von der Gemeinden betrieben. Dazu läßt sich sicherlich mit einiger Berechtigung sagen, daß in diesem Kompetenzenwirrwarr die Regionen unterhalb der Landesebene nicht gerade eine besonders starke Stellung innehaben.

Regionalisierung der Regionalpolitik bedeutet demgegenüber, daß die Kompetenzen der Regionalpolitik, sprich: Festlegung der Zielsetzungen und des Einsatzes von Maßnahmen, nach „unten“ hin zu den Regionen verlagert werden, um somit deren Interesse an der örtlichen Wirtschaft und an einem möglichst effizienter Mitteleinsatz zu stärken. Leider sind solche Ideen, so wünschenswert ihre Verwirklichung erscheint, sicher nur mittel- und langfristig in die Tat umzusetzen.

Subventionen

Zum Schluß möchte ich selbstverständlich auch den Bereich staatlicher Regionalpolitik ansprechen, von dem viele alles Heil für die Regionalentwicklung erwarten und der häufig praktisch mit Regionalpolitik gleichgesetzt wird: Ich meine die Zahlung von Subventionen, die einer Region und ihren Wirtschaftsakteuren als staatliche Geldleistungen (Finanzhilfen) und Steuervergünstigungen zufließen.

Wie hoch sind nun die staatlichen Subventionen, die jährlich z.B. in die Region Ostfriesland hineinfließen? Ich muß gestehen, ich weiß es nicht. Und ich kenne auch keinen anderen, der dies weiß. Eine solche Bestandsaufnahme gibt es nicht.

Als nächstes müssen wir uns fragen, welche Zielsetzungen mit diesen Subventionen verbunden sind. In der regionalpolitischen Diskussion werden hier vor allem zwei Zielsetzungen genannt: das Wachstumsziel und das Ausgleichsziel. Das Wachstumsziel habe ich in den vorangegangenen Ausführungen immer wieder genannt: Es ist zu interpretieren als eine Zunahme der Produktion, der Einkommen und der Beschäftigung in einer Region.

Das hier zusätzlich genannte Ausgleichsziel wird auch mit dem Schlagwort gleiche Lebensbedingungen bezeichnet. Daß danach in der Bundesrepublik überall möglichst gleiche Lebensbedingungen herrschen sollten, steht sicherlich als allgemeine abstrakte Norm außer Frage. Doch der Teufel steckt auch hier wieder einmal im Detail. Was ist konkret darunter zu verstehen?

Soll das tatsächlich heißen, wie manche Gleichheitsfanatiker predigen, daß überall in Deutschland alle Menschen gleich leben sollen, unter jedem Aspekt, in jeder Art und Weise? Wer bestimmt darüber, nach welchen Kriterien? Mit einer freien, pluralistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist eine solche Zielsetzung, nimmt man sie buchstabengetreu ernst, sicherlich nicht zu vereinbaren.

Immerhin hat diese Zielsetzung immer wieder bis zum heutigen Tage als Hintergrund für die Vergabe von Subventionen gedient. Für die Subventionsempfänger sind Subventionen sicherlich angenehm. Sie erzielen abgeleitetes Einkommen, das sie nicht selbst erwirtschaften mußten, sondern das ihnen wie Manna vom Himmel in den Schoß fällt.

Aber auch hier gibt es leider keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken werden kann. Anders ausgedrückt: Einer muß schließlich diese Subventionen finanzieren. Machen wir uns das an einem aktuellen Beispiel klar: Für unsere notleidende Werftindustrie werden schon seit Jahren Subventionen gefordert und auch erhalten. Auf den ersten Blick also eine schöne Sache, die auch von allen politischen Kräften dieser Region mitgetragen wird. Auf der zweiten Blick aber müssen wir den Pferdefuß sehen. Andere Unternehmen, die noch wettbewerbsfähig sind, müssen ja diese Subventionen finanzieren. Darunter sind mit Sicherheit auch andere ostfriesische Unternehmen, darunter sogar - da diese Subventionen schwergewichtig an Großwerften gehen - im Zweifel auch die mittelständische Konkurrenz der Großwerften auch in Ostfriesland.

Diese Folgen einer Subventionierung können sicherlich durchaus mit dem genannten Ausgleichsziel begünstigt werden. Denn dieses Ziel impliziert ja, daß die Reichen an die Armen, die Erfolgreichen an die weniger Erfolgreichen zahlen.

In der praktischen Regionalpolitik ist aber - wie könnte es anders sein - das Problem aufgetaucht, Kriterien für die Abgrenzung zwischen denen, die zahlen und denen, die erhalten, zu entwickeln. Das Schlagwort heißt hier „Auswahl der Fördergebiete“.

Wenn heute etwa 60 Prozent der Fläche der Bundesrepublik mit knapp 34 Prozent der Gesamtbevölkerung zu den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gehören, so ist dies nicht mehr weit vom Gießkannenprinzip entfernt. Wenn dem aber so ist, dann ist dieses Instrument der Subventionen nicht mehr viel wert, denn es wirkt im Prinzip nur dann, wenn eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit Vor-

teile bekommt. Wenn schließlich alle gefördert werden, wird man auch dem Ausgleichsprinzip nicht mehr gerecht.

Wie steht es aber mit der Vergabe von Subventionen im Hinblick auf das Wachstumsziel? Anders gefragt: Gehen von solchen Subventionen z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Wachstumsimpulse für die so geförderte Region aus? Werden dadurch vielleicht wachstumsintensive Unternehmen in die Region gelockt? Einige Sätze aus einer schriftlichen Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages zum Fragenkatalog des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages zum Thema „Fortentwicklung der Regionalpolitik“ zu dieser Frage müssen da nachdenklich stimmen. Dort heißt es: „Es ist bekannt, daß bei der Vorauswahl geeigneter Betriebsstandorte die Frage der Förderbeihilfen (sprich: Subventionen) ausgeklammert wird. Entscheidend sind zunächst allein die für die Produktion unabdingbaren physischen und ökonomischen Standortbedingungen (z.B. geeignete und ausreichende Flächen, Verkehrsanbindung, geeignete Arbeitskräfte, Nähe zu Zulieferanten und Unternehmen der gleichen Branche, attraktive Umgebung, politisches Umfeld, etc.). Erst wenn die daran gemessenen potentiellen Standorte festliegen, kommt die Förderfrage ins Spiel.“

Wenn man dies liest, dann ergeben sich ernste Zweifel an der Wirksamkeit staatlicher Regionalpolitik gerade im Hinblick auf den Einsatz -von Subventionen.

Wenn man manchmal liest, daß in einem bestimmten Zeitraum soundsoviel staatliche Gelder aus Steuermitteln in eine Region geflossen sind und diesen Geldern dann die Zahl der Arbeitsplätze gegenübergestellt werden, die in dieser Zeit in dieser Region neu dazugekommen sind, mit dem Hinweis, daß das letztere die Folge des ersteren sei, dann kann man diese Schlußfolgerung nur mit vielen Fragezeichen versehen. Wirtschaftliche Sachverhalte und Prozesse sind auch in diesem Falle das Resultat vieler relevanter Faktoren. Deshalb ist die Erfolgskontrolle regionalpolitischer Maßnahmen auch so schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

So sind in den letzten Jahrzehnten sicherlich viele Milliarden Steuergelder auch in die Region Ostfriesland geflossen. Hat dies positive Auswirkungen gehabt? Das eine können wir sagen: Trotz dieser Subventionen - oder vielleicht sogar wegen dieser Subventionen - hat sich die Situation im Vergleich zu anderen Regionen nicht entscheidend verbessert. Die Befürworter solcher Maßnahmen halten dem entgegen, daß die Lage sonst noch schlechter wäre. Auch diese Aussage läßt sich leider nicht widerlegen. Alles in allem haben wir also eine unbefriedigende Situation vor uns.

Fassen wir zusammen:

Die wirtschaftliche Situation Ostfrieslands ist, gemessen an solchen Indikatoren wie Produktion, Einkommen und Beschäftigung ungünstiger als die anderer Regionen Deutschlands.

Will man dies ändern, so kommt es - zumindest aus volkswirtschaftlicher Sicht - zu allererst auf die Bewohner dieser Region selbst an, als Arbeitnehmer und Unternehmer, als Arbeitgeber und Gewerkschafter die Chancen zu ergreifen, die sich auch hier bieten.

Entgegen den landläufigen Meinungen kann der Staat im Grunde genommen nur Hilfe zur Selbsthilfe geben. Gerade der Kern der heutigen Regionalpolitik, die Vergabe staatlicher Subventionen, muß aufgrund theoretischer Überlegungen und praktischer Erfahrungen mit vielen Fragezeichen versehen werden.

